

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Wer hatte recht?

Sozialdemokraten, Kommunisten und Dawes-Plan.

Die Taktik der Kommunisten in diesem Wahlkampf besteht in der Hauptsache darin, die Sozialdemokratische Partei mit einer Flut von Schimpfwörtern und Verteufelungen zu überschütten. Eine sachliche Auseinandersetzung, ein Kampf mit geistigen Waffen wird auf solche Weise so gut wie unmöglich gemacht. Immerhin gibt es eine Behauptung der Kommunisten über die Sozialdemokratie, die keine Lüge ist: die Sozialdemokraten haben wirklich für die sogenannten Dawes-Gesetze gestimmt, und nicht nur das, sondern sie sprechen sich auch ein besonderes Verdienst an ihrem Zustandekommen zu. Ebenso richtig ist, daß die Kommunisten gegen diese Gesetze gestimmt haben. Es bietet sich also hier die Gelegenheit zu einer sachlichen Untersuchung der Frage, wer von beiden Recht gehabt hat.

Es ist niemals und von keiner Seite bestritten worden, daß der Dawes-Plan eine unzureichende Lösung ist und daß er Deutschland Lasten auferlegt. Der handelnde Politiker hat sich aber nicht zu fragen: „Was bedeutet ein Gesetz an sich und überhaupt“, sondern er muß überlegen: „Was bedeutet dieses Gesetz gegenüber dem bestehenden Zustand?“

Gegenüber dem Zustand, der zuvor bestanden hatte, bedeutet nun der Dawes-Plan eine bedeutende Erleichterung.

Durch die erzwungene Annahme des Londoner Ultimatum hatte sich Deutschland verpflichtet, im laufenden Jahre 1924-1925 nicht weniger als 3 Milliarden zu bezahlen. Jetzt zahlt es nur 200 Millionen.

Im Jahre 1926 sollte es 4 Milliarden bezahlen; der Betrag ist auf 1,22 Milliarden herabgesetzt.

Im Jahre 1928 sollten 5-7 Milliarden bezahlt werden, dieser Betrag ist auf 2,5 Milliarden reduziert.

Die Reparationskommission durfte zuvor durch ihren Untersuchungs- das sogenannte Garantiekomitee, alle deutschen Einnahmen und Ausgaben kontrollieren. Jetzt ist die lästige Kontrolle auf bestimmte verpfändete Einnahmen beschränkt.

Vor der Annahme der Dawes-Gesetze war Deutschland durch eine innere Zoll-Linie mitten entzweigeschnitten. Die innere Zoll-Linie ist beseitigt.

Die Bahnen der besetzten Gebiete waren von den Reichsbahnen getrennt, sie wurden von Franzosen und Belgiern verwaltet. Jetzt sind sie wieder mit dem gesamten Reichsbahnkörper vereinigt.

Die fürchterlichen Sonderlasten für das besetzte Gebiet, die eine ungeheure Arbeitslosigkeit hervorriefen, sind beseitigt. Die Gefangenen sind freigelassen, die Ausgewiesenen sind zurückgeführt. Die Schreckensherrschaft, unter der die Bevölkerung der besetzten Gebiete stöhnte, ist verschwunden.

Die Inflation, die den deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten oder kleinen Geschäftsmann zur Verzweiflung brachte und die Schieber bereicherte, hat aufgehört. Die Mark ist wieder stabil.

Niemand kann bestreiten, daß durch die Annahme der Dawes-Gesetze gegenüber dem Zustande vorher eine Besserung eingetreten ist. Und die Sozialdemokratie ist darauf stolz, diesen Anfang zu einer Besserung durch ihr entschlossenes und führendes Eintreten für den Dawes-Plan erreicht zu haben.

Natürlich sagt die Sozialdemokratie nicht: „Nun ist's erreicht“, sondern sie sagt: „Es ist ein Anfang gemacht, und von da wollen wir weiterbauen.“

Der Dawes-Plan erklärt ausdrücklich, daß die deutschen Arbeiter dasselbe Lebensrecht haben wie die Arbeiter anderer Länder, daß ihr Lebensniveau das gleiche sein soll. Er gibt uns ein Recht, für die volle Wiederherstellung des Achtstundentages und für bessere Löhne zu kämpfen.

Was wäre geschehen, wenn es nach dem Willen der Kommunisten gegangen wäre, wenn der Reichstag die Dawes-Gesetze abgelehnt hätte?

Deutschland hätte doppelt so hohe Lasten zu tragen gehabt. Die Inflation wäre weitergegangen. Schwerste internationale Konflikte wären eingetreten. Millionen und aber Millionen Menschen wären verhungert.

Sollen die Kommunisten das gewollt? Wir können nicht zu antworten: „Ja, das haben sie gewollt!“

Sie haben es nicht gewollt, weil sie an dem Elend des Volkes Freude empfinden das muten wir ihnen nicht zu! Aber sie haben es gewollt, weil sie sich einbilden, aus dieser ungeheuren Verzweiflung der Massen, aus der Verzweiflung von Millionen und aber Millionen, die nicht mehr aus und ein wissen, würde dann eine Bewegung entstehen, die sie, die Kommunisten, zur Herrschaft bringen würde.

Dieser Glaube ist ein Wahn! Wir wollen nicht unterliegen, was die Kommunisten tun würden, wenn sie zur Herrschaft gelangen. Sie wären dann gewiß nicht imstande, den Hungernden Brot zu geben, sie würden sich dann vielmehr selber gegen die Hungernden zu

verteidigen haben, und mit welchen Mitteln sie das tun würden, zeigt Rußland.

Aber die Kommunisten würden auf diesem Weg auch gar nicht einmal zur Herrschaft gelangen. Denn hungernde Massen, die sich sinnlosen Verzweiflungsausbrüchen hingeben, sind in Wirklichkeit kraftlos. Eine kleine gutgenährte und bewaffnete Minderheit wird mit ihnen leicht fertig. Hungerrevolten und Verzweiflungsausbrüche sind kein Mittel, die Arbeiterbewegung vorwärts zu bringen.

Wenn die Arbeiter für eine bessere Zukunft kämpfen sollen, müssen sie wenigstens Brot haben. Sie müssen Zeit haben, um sich mit den Problemen der Politik und der Wirtschaft zu beschäftigen und zu eigenem Denken zu kommen. Je besser es dem Arbeiter geht, desto kampffähiger werden sie. Je schlimmer der Hunger, je größer ihre Verzweiflung ist, desto weniger sind sie kampffähig.

Das ist der große grundsätzliche Unterschied zwischen den Kommunisten und uns. Sie müssen die schlimmste Verteufelung der Arbeiter wollen, weil sie glauben, nur auf diesem Wege zu ihrem Ziel gelangen zu können, wir müssen das aller schlimmste Elend mit dem Aufgebots unserer ganzen Kraft zu verhindern suchen, wir müssen auch für die bescheidene, schrittweise Besserung unsere ganze Energie einsetzen, weil dies das einzige Mittel ist, um den Weg zu höheren Zielen freizubekommen.

Darum haben wir den Dawes-Gesetzen zugestimmt, darum haben die Kommunisten sie abgelehnt.

Die Dawes-Gesetze sind keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Lösung des Reparationsproblems. Das ist

richtig. Das internationale Kapital herrscht in Deutschland, wie es in Frankreich herrscht und in England und in Amerika und — in Rußland, dessen sogenannter Kommunismus ihm eine Konzession nach der anderen macht. Durch die Annahme der Dawes-Gesetze ist unsere Schicksalsgemeinschaft mit den Arbeitern der anderen kapitalistischen Länder nur noch enger geworden. Gemeinsam mit ihnen wollen wir den Kampf gegen die internationale kapitalistische Ausbeutung führen — nicht mit Phrasen, sondern mit Taten. Der Kampf um die internationale Anerkennung des Achtstundentages ist hier nur ein erster Schritt.

Das war der Geist, in dem wir für die Dawes-Gesetze eingetreten sind. Und weil die Kommunisten das alles nicht wollen, weil sie das Elend wollen, die Verzweiflung, die Hungerrevolte, den Kampf mit Handgranaten um die Macht und das Bündnis „Sowjet-Deutschlands mit Sowjet-Rußland“ zum Krieg gegen den Westen, darum haben sie die Dawes-Gesetze mit fanatischer Wut bekämpft.

Hier handelt es sich also in der Tat nicht um bloßes Geschrei und Geschimpf, mit dem die Kommunisten sonst ihren Wahlkampf befeuern, sondern um eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Wir haben uns bemüht, ihre Quallen aufzudecken.

Nun haben die Arbeiter zu entscheiden, ob sie am nächsten Sonntag für die Kommunisten stimmen wollen und damit für den dauernden Bruderkampf zwischen den Arbeitern oder für den Vormarsch in geschlossener Front, das heißt

für die Sozialdemokratie!

Schicksalsstunde der Beamten.

An die Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden!

Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Wahltage, der die Abrechnung mit jenen Parteien bringen soll, die dem deutschen Volke und insbesondere uns Beamten vor der letzten Reichstagswahl einen wirtschaftlichen Aufschlag versprochen, uns aber im Gegenzug dazu immer tiefer ins wirtschaftliche Elend stürzten. Von aller Wahlversprechungen ist auch

nicht eine einzige erfüllt worden.

Unsere Existenzverhältnisse sind inzwischen immer ungünstiger geworden. Das gilt vor allem für die unteren und mittleren Beamten, deren Bezüge in ganz unzulänglicher Weise aufgebessert wurden. Die dabei durchgeführte Erweiterung der Spannung zwischen den Besoldungsgruppen läßt jedes soziale Verständnis vermissen. Die letzten Besoldungsregelungen im Juni und November dieses Jahres stellen eine so ausgesprochen einseitige Begünstigung der höheren Beamten dar, daß sie geradezu aufreißend wirken müssen. Das gilt auch für das den Beamten im Wege des Diktats gewährte Wohnungsgeld, das außerdem für viele Orte die Herabstufung um eine, teilweise sogar um mehrere Ortsklassen brachte. Eine weitere Verschlechterung der Besoldungsverhältnisse ist durch die bevorstehende völlige Beseitigung der örtlichen Sonderzuschläge zu erwarten. So wird Schritt für Schritt das im Jahre 1920 durchgeführte, an sich schon unvollkommene Besoldungsreformwerk weiter verschlechtert und

ein Besoldungsrecht geschaffen.

das für die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen einfach unerträglich ist.

Wir fragen euch, Beamte und Beamtinnen: Wollt ihr diese Zustände länger bestehen lassen? Wir fragen weiter: Wollt ihr am Wahltage die Hand dazu bieten, daß dieses Besoldungsrecht verewigt wird? Wir sind der festen Überzeugung, die Antwort wird euch nicht schwer fallen. Sie kann nur in einem klaren Nein bestehen. Die Beseitigung bedingt gleichzeitig die Entscheidung für den Wahltag. Darum:

Leine Stimme den Parteien,

die durch ihr bisheriges Verhalten im Reichstage und in den Ländern und Gemeindeparlamenten den Beweis erbracht haben, daß sie den berechtigten gemeinschaftlichen Forderungen der Beamten verständnislos gegenüberstehen.

Am 7. Dezember geht es aber nicht nur um die Entscheidung zugunsten einer solchen, den Verhältnisse entsprechenden Beamtenbesoldung, sondern auch um die Abwehr

der das Berufsbeamtenstum untergrabenden Maßnahmen der Reichsregierung, die selbst vor Verfassungsversichungen nicht haltmachen.

Beamte und Beamtinnen! Die Reichsregierung läßt zwar erklären, daß der Personalabbau sein Ende erreicht habe. Trotzdem ist vom Verwaltungsrat der Reichsbahn-Aktiengesellschaft ein erneuter Personalabbau angeordnet. Hand in Hand mit dem Beamtenabbau geht die Verschlechterung der Rechts- und Dienstverhältnisse. So wurde die

achtstündige Dienstzeit durch eine neunstündige ersetzt.

Darüber hinaus wurden für die Eisenbahner Dienstbauvorschriften erlassen, die auch die neunstündige Dienstzeit noch ganz beträchtlich überschreiten. Der Erholungsurlaub wurde ganz wesentlich verkürzt. Das achtstündige neue Reichsbeamtengesetz läßt sich immer auf sich warten. Ebenso das im Artikel 130 der Reichsverfassung versprochene Beamtenvertretungsgesetz. In Aussicht genommen ist ein Gesetz über Beamtenauswahl, in dem

das Wahlbestimmungsrecht der Beamten ausgeschlossen

sein soll. Damit soll auch die angestrebte Demokratisierung der Verwaltung gründlich unterbunden werden. Die für die Beamten geforderte Krankenversicherung hat noch immer keine Berücksichtigung gefunden, ebensowenig die immer und immer wieder verlangte Änderung des Pensionsergänzungsgesetzes. Wohin wir auch immer blicken, auf jedem Gebiete der Rechtsverhältnisse der Beamten zeigt sich Stillstand und Rückschritt.

So darf es auf keinen Fall weitergehen! Aber auch vom Standpunkt des Steuerzahlers und Verbrauchers müssen sich die Beamten am Wahltage entscheiden. Es kann nicht länger angehen, daß die Einkommensteuer fast ausschließlich die Arbeitnehmer belastet und die Bestehenden schon. Ebenso unerträglich ist es, daß Arbeitnehmern und Verbrauchern bei unzulänglichen Gehältern Waren- und Lebensmittelpreise auferlegt, die jede Anteilnahme am Kulturleben ausschließen. Wir fordern deshalb die

die Forderung des privatwirtschaftlichen Systems

durch ein irgendeine geordnetes gemeinwirtschaftliches System, das geeignet ist, die Lebenshaltung der Beamten auf ein höheres Niveau zu bringen.

So stellt die Wahlbewegung eine Fülle von ungelösten Problemen auf, die unmittelbar und mittelbar die Lebensverhältnisse der Beamten des Reichs, der Länder und Gemeinden betreffen.

Dieser Wahlkampf entscheidet über die Frage: Soll die Beamtenchaft wirtschaftlich und kulturell aufsteigen, oder soll sie infolge einer ungünstigen und reaktionären Zusammensetzung des Reichsparlaments wirtschaftlich immer weiter ins Elend sinken? Darum, Beamte und Beamtinnen: die Augen auf!

Wählt am 7. Dezember als Arbeitnehmer und Verbraucher!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Deutschnationale und Reichsbahn.

Eine freche Fälschung.

In den württembergischen Eisenbahnbetrieben zirkuliert folgender angeblich amtliche Erlaß: Wählerlaß Nr. 17 028. Stuttgart, den 24. November 1924.

In sämtliche Ämter und Dienststellen.

Es ist dringend notwendig, das gesamte Personal auf die Wichtigkeit der Reichstagswahlen hinzuweisen, da es gilt, im gleichen politischen Fahrwasser zu bleiben, das die Reichsbahnangestellte mit ihrem demokratischen Direktorium eingeschlagen hat oder aber den Kurs nach rechts zu ändern. Durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes (gegen die Stimmen der Deutschnationalen) (1) wurde der demokratisch-sozialdemokratischen Regierung durch den Reichstag Blankobollmacht erteilt und in rigoroser Anwendung dieses Gesetzes wurde die für die Beamten und Staatsarbeiter so einschneidende, heute mit ihren Ausschüssen zur Gemütsbeklemmung Personalabbauverordnung erlassen. Trotz lebenslänglicher Anstellung kann jeder Beamte in den einseitigen Ruhestand versetzt werden. Die Reichsregierung hat damit die wählerwerbenden Rechte der deutschen Beamtenschaft mit einem Federstrich beseitigt. Insbesondere ist dieser ungeheuerliche Zustand nach § 24 der Ausschließungsgesetze über die deutsche Reichsbahn für sämtliche Reichsbahnbeamten nunmehr verewigt. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, welche bereits im August d. J. und früher schon die Aufhebung der Personalabbauverordnung vom Reichstag verlangt hat, waren der Ansicht, daß sich die Beamtenschaft diese Wahrung der wählerwerbenden Rechte einfach gefallen lassen müsse und als Ersatz dafür mit weiteren Dienstauszeichnungen (Ehrenlauf und goldenen Eernen wie auch goldenen Treffern) auszustatten sei.

Um auf die Reichsbahnangestellte überzugehen, sei vorweg bemerkt, daß nunmehr nach reinen kaufmännischen Grundsätzen gehandelt werden muß. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahnangestellte hat sich daher veranlaßt, die Gehälter des Generaldirektors (Eisenbahndirektor) und der weiteren hohen demokratischen Direktoren, darunter unser Landsmann Hülfer, beim Erlernen auf 120 000 M., bei den Lehrern auf je 60 000 M. zu erhöhen. Die achtzehn Mitglieder des Verwaltungsrates beziehen ein jährliches Gehalt von 24 000 M. für einige Sitzungen im Jahre, für welche noch besondere Diäten ausgemessen werden.

Zusätzlich wird an die paar lebenden Persönlichkeiten eine Dividende von fünf Prozent des Reingewinns der gesamten Deutschen Reichsbahn verteilt.

Die Deutsche Reichsbahn wirft zurzeit einen Gewinn von circa sieben Millionen Mark ab und dürfte daher die genannte Dividende ein Vielfaches des bisherigen Gehaltes dieser Persönlichkeiten betragen.

Um die Bilanz nach diesen Ausgaben wiederherzustellen, sah sich die Hauptverwaltung gezwungen, weitere 24000 Eisenbahnarbeiter auf die Straße zu setzen. Alles in allem zusammengefaßt, wird eben jetzt kaufmännisch gewirtschaftet. Denn man kann doch nicht das Gehalt eines Generaldirektors mit nur circa 20 000 M. wie die Bezüge eines Ministers ohne Dividende vor dem Kriege bemessen.

Eisenbahner des höheren, mittleren und niederen Dienstes sowie auch Eisenbahnarbeiter! Wenn Ihr weiter entsetzt und mit Hungergehältern und -Löhnen abgepeist werden wollt, so wähleteden wieder demokratisch-sozialdemokratisch mit Euren glänzenden Organisationsführern zusammen, die Euch im Bunde mit der bisherigen Regierung an das internationale Kapital verschacheren haben.

Wollt Ihr jedoch von diesem Ruhandel und der Teuerung loskommen, Euer Berufsbeamtenamt erhalten und der Teuerung entsprechende Gehälter beziehen, so müßt Ihr die Deutschnationale Volkspartei wählen.

Dem gesamten Personal zur Kenntnis.

Die Eisenbahndirektion in Stuttgart erklärt, mit dem Zirkular in keinem Zusammenhang zu stehen und von ihm keine Kenntnis gehabt zu haben. Das Prä-

sidium der Reichsbahn hat angeordnet, nach dem Urheber der frechen Fälschung, der offenbar in deutschnationalen Beamtentreisen gesucht werden muß, zu fahnden.

Auch dieser „Wählerlaß“ ist ein Beweis für die skrupellose und beispiellos verlogene Wahlpropaganda der Deutschnationalen. Das Eisenbahngesetz stand im August im Mittelpunkt des parlamentarischen Kampfes, da für seine Annahme als verfassungsänderndes Gesetz eine Zweidrittelmehrheit notwendig war. Mittelparteien und Sozialdemokratie konnten die hierfür erforderlichen Stimmen nicht aufbringen. Ohne die Unterstützung der deutschnationalen Reichstagsfraktion mußte das Eisenbahngesetz und damit — als unteilbares Ganzes — die gesamte Dawes-Gesetzgebung fallen. Die deutschnationale Parteileitung ließ sich 49 Instimmen gegen das Versprechen auf eine Anzahl Ministerfraktionen abkaufen. Nachdem sie diese Ministerfraktionen in der Tasche zu haben glaubte, war sie entschlossen, dem Eisenbahngesetz unter allen Umständen zur Annahme zu verhelfen. Von ihrer eigenen Unanständigkeit auf das Verhalten anderer Parteien schließend, hielten die abkommandierten 49 Instimmen auf dem Weg zur Stimmurne Reinkarten hoch, um die anderen Parteien zu täuschen.

So liegen die Dinge. Und heute geht die Deutschnationale Partei hin und will den Eisenbahnern vorreden, sie sei die einzige Partei, die unschuldig am Eisenbahngesetz sei! Den Verlogenheiten und Unanständigkeit der vergangenen Periode, die über die Grenzen Deutschlands hinaus Abscheu erregten, fügt sie damit eine neue hinzu und beweist damit, daß ihr gar nichts daran liegt, aus der Atmosphäre der Unsauberkeit herauszukommen. Sie ist entschlossen, auch weiter vom Volksbetrug zu leben.

Der 7. Dezember wird sie belehren, daß sich das Volk nicht dauernd am Karrenrad führen läßt. Fort mit der Politik der Unehrlichkeit, fort mit den Deutschnationalen!

Schwarzweißrote „Realpolitik“.

Die Personalpolitik des Herrn Boelzig.

Man schreibt uns:

Unsere Genossen im Landtag haben wiederholt Veranlassung, scharfe Kritik an der Personalpolitik des Herrn Boelzig zu üben. Seitdem der Landtag nicht mehr tagt, scheint Herr Dr. Boelzig sich überhaupt nur noch als das ausführende Organ der Deutschen Volkspartei und der befreundeten Deutschnationalen Partei zu fühlen. Raum hatte der Landtag sich verlor, so wurden auf Verfügung des Ministers eine Reihe von rechtsgerichteten Studienräten, die auf Grund der Abbauverordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzt waren, wieder in Rang und Würden eingesetzt. Mit einigen dieser Fälle und ihren Begleiterscheinungen wird der künftige Landtag sich ausführlich beschäftigen müssen.

Das stärkste Stützstück aber ist das Eingreifen des Herrn Ministers Boelzig in den „Kaufmanns-Schulskandal“. Die Vorgänge an der Albrecht-Dürer-Oberrealschule sind seinerzeit im „Bismarck“ ausführlich behandelt worden. Das Provinzial-Schulkollegium hatte nach einer sehr eingehenden Untersuchung eine Schärfer wegen der außerordentlich schweren Verstöße gegen die Disziplin von der Anstellung entfernt. In der Reichspresse tobte man. Die Reaktion betrachtet die höheren Schulen als die geistigsten Stützen monarchistisch-völkischer Propaganda. Schüler, die sich unter wohlwollender Duldung ihres Direktors und einiger Studienräte in unflätigster Weise gegen einen jüdischen und sozialdemokratischen Studienrat betrogen und auf einem Ausfluge einen Mitschüler, der ihre Hehe nicht mitmachen wollte, furchbar mißhandelt, sind doch teutonische Helden und verdienen neben dem Stahlhelm- und Hakenkreuzabzeichen, das sie selbst in der Schule tragen, eine besondere Auszeichnung. Es ist doch unerhört von dem Provinzial-Schulkollegium, diese ehrbaren Jünglinge bestrafen zu wollen! — Herr Boelzig scheint sich nach berühmtem Vorbilde auch nur auf obgehörige Zeit auf die Republik eingestellt zu haben. Tatsache ist jedenfalls, daß für den Oberprimaner H., den Rädelsführer und Hauptschuldigen in dem wüsten Treiben,

die Verwertung von der Schule auf Verfügung des Ministers wieder aufgehoben worden ist. Verständlich wird diese Stellungnahme des Ministers, wenn man daran denkt, daß bereits vorher durch die Reichspresse die Notiz ging, daß ein deutschnationaler Abgeordneter wegen des Urteils in der Angelegenheit an der Albrecht-Dürer-Oberrealschule beim Minister Boelzig vorstellig geworden sei. Und wenn ein deutschnationaler Abgeordneter beschließt, — — — „man ist doch auch schwarzweißbroter Bundesbruder“ — — —

Es geht auch das Gerücht, daß bei der Wiederanstellung abgebaute Deutschvolksparteilicher Lehrer prominente Abgeordnete der Deutschen Volkspartei das „objektive“ Urteil des Herrn Boelzig stark beeinflusst haben.

Es wird höchste Zeit, daß der 7. Dezember der Sozialdemokratie die Macht gibt, um mit diesem volksparteilichen Treiben im Reiche des Herrn Boelzig gründlich aufzuräumen!

Fahne hoch, deutsche Republik!

Reichsbanner im deutschnationalen Lügentrummelfeuer.

In der Nr. 566 der „Deutschen Tageszeitung“ wird unter der Ueberschrift: „Kampfmethode des Reichsbanners“ eine Verleumdung des deutschnationalen Reichstagskandidaten, Bädermeister Rieseberg aus Quedlinburg, in der unwahrscheinlichsten Art und Weise geschildert. Da der Verleumdungsbericht als aus Quedlinburg kommend bezeichnet ist, geht man wohl nicht fehl, wenn man in dem wahrheitsliebenden Herrn Rieseberg den Schreiber der Feilen vermutet. In dem Verleumdungsbericht wird betont, daß Reichsbannerleute aus Magdeburg, Halberstadt und Oschersleben in der gräßlichsten Weise die Rieseberg-Verleumdung gestört und sich wie eine Horde Wilder benommen hätten. Nachstehend die wahrsigemäße Schilderung des Hergangs:

Vom Magdeburger Reichsbanner und dem Reichsbanner des Kreises Wanzleben war am vergangenen Sonntag eine Propagandafahrt durch den Kreis Wanzleben und anschließend durch den Kreis Oschersleben veranstaltet. In Gröningen sollte Treffpunkt der Republikaner aus Magdeburg, Halberstadt und Oschersleben sein, um dort eine republikanische Kundgebung gegenüber den dortigen Kommunisten, die bis dahin jede Veranlassung der republikanischen Parteien gestört hatten, zu veranstalten. Die republikanische Kundgebung in Gröningen war auf nachmittags 4 Uhr angesetzt. Durch ein Zusammenreffen von Umständen jedoch fand zum selben Termin eine deutschnationale Versammlung in Gröningen statt, in welcher Herr Rieseberg redete. Eine Anzahl Reichsbannerleute war, in der Auffassung, daß es sich bei der Versammlung um die vom Reichsbanner veranstaltete handelte, in die Versammlung des Herrn Rieseberg gegangen. Sie benahmten sich dort in der ruhigen und anständigen Weise, bis Herr Rieseberg sich einige dumme Redensarten über den Reichspräsidenten Ebert und den Oberpräsidenten und Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Hörning leistete. Aber auch dann noch hielten sich die Zwischenrufe, die aus dem Kreise der Reichsbannerleute gemacht wurden, durchaus in den Grenzen dessen, was man eine ruhige Versammlung nennen kann. Das änderte sich jedoch sofort, als eine neue hinzukommende Gruppe des Reichsbanners mit ihrem Ortsgruppenbannern (selbstverständlich in den Farben Schwarz-Rot-Gold gehalten) den Versammlungsraum betrat. Wie bestesene Teufel sprangen die im Lokal anwesenden deutschnationalen Stahlhelmer und Wewölfe auf, schlugen mit ihren Eisenspänen unter einem Mordschreul auf die Tischplatten und grölten andauernd: „Runter mit der Judenfahne, raus mit Schwarz-Rot-Moßtrich“ und ähnliches. Der Bannenträger, der durchaus in der Annahme war, eine Reichsbannerveranstaltung betreten zu haben, war schon im Begriffe, den Saal wieder zu verlassen, als mehrere führende Kameraden des Reichsbanners die durchaus richtige Auffassung zum Ausdruck brachten: Die Republikener streichen keinesfalls ihre Farben!

„Fahne hoch, deutsche Republik!“

so scholl es aus den Reihen der Reichsbannerleute, die sich in diesem Augenblick durchaus noch in der Minderheit befanden. Schnell wurde ein Ball um die Fahne gebildet, und nun sah man den weiteren Entwicklung der Dinge in offter Ruhe entgegen. Die deutsch-

„Eduard II.“

Erstaufführung im Staatstheater.

Das tragische Geschichtsbuch, das in drei Aufzügen Szenen oder dramatischen Kapiteln die Aufstiegsgeschichte des Dreizehnjährigen Eduards II., seinen Bürgerkrieg und seine endliche Ermordung berichtet, hat einen starken Reiz. Der altenglische Dichter Marlowe hat mit solcher Geduld, Naturwahrheit und politischer Unerbittlichkeit dieses Schicksals einer Weltgeschichte angepaßt, die gleichermaßen den Mann aus dem Volk und den Staukopffisologen erhellend zeigt. Da war in der Liebe des Königs zu dem Hieschaders Sohn Gavonein ein mächtiges Grenzgel von der Schamlosigkeit der Monarchen gegeben. Eduard II., der seinen Aufstieg neben sich wie eine legitime Gattin sitzen ließ, opfert für diese Berührung sein Land und sein Volk auf. Weil sein Lustknabe beledigt wird, spaltet er nicht den jahrelangen Bürgerkrieg. Er ermordet, ein erlauchter Urahn des hannoverschen Unholdes Haarmann, sein ganzes Ministerium und liefert dessen Prachtkeider gefälligeren Schatzkammern aus. Kein Wunder, daß er in der Raube endet und schließlich von einem gekauften Henker ersticht wird. Aber diese rohen Ereignisse werden an einem roten politischen Faden aufgereiht. Der getrunke Knabenfreund führt auch einen Kampf um seinen Kronreih. Und in diesem Kampf wird er Streiter für ein Symbol, dessen Bedeutung heute nicht mehr vollkommen erfaßt, dessen mittelalterlich aufgeputzte Riesenbedeutung Marlowe jedoch mit ungeheurer Eindringlichkeit darstellte. Die Päderastentragödie wird durch diesen politischen Hintergrund zum großen Weltspiel. Weiberehrgeiz und Weiberverirrung, Erbererehrgeiz und die schreckliche Seelenvergiftung, die selbst die Kinder anfallt, wenn sie von der Erziehung zum Absolutismus durchtränkt werden, alles das offenbart sich. Es offenbart sich breit, unerbittlich, logisch und pompös. Marlowe ist zugleich ein stürmischer Kopf und ein ausgeprägter Kopf. Drei Aufzüge Szenen aus der Zeitdramatik dezent herauszuschneiden, daß beinahe jede theatralisch wirkt: starke Gaben erforderte solches Werk.

In dieses sehr starke Werk Christoph Marlowes erinnert und legt sich mit Dankbarkeit der viel oshmatthäre Zeitgenosse Berthold Brecht. Er läßt sich gern von dem alten Briten führen und unterföhren. Er hat sich, wie das gedruckte Buch seines Stückes ausweist, zur Arbeit noch mit einem dritten Krumpfen verbunden. Nun, ob allein, ob im Bündnis mit einem Dritten, sein eigener Atem würde niemals ausgereicht haben, um solches logische, in sich begründete Trauerspiel der Charaktere zu Ende zu bringen. Die Kolportage der Geschichtskrone, die er unterstreicht und manchmal gewaltfam ausbannert, diese herrliche, sogar männliche Kolportage, die gar nichts für empfindsame Leute ist, und die jedem, dem König, keinem Lustknaben, keinen Schatzkammern, seiner nachlässigen Frau und schließlich auch seinem unmündigen Sohn Gelegenheiten zum Ausleben eines ungeänderten Gemütes liefert, diese Kolportage ist würdevoll. An diese Kolportage, aber höchst lesenden Bekanntheit der eigenen Erfindung erloschen wäre.

Wegen Fälschung eines geschichtlichen Aufzeichnungsb.

der das Grobartige mit dem Grotesken mischt. Die Päderastentragödie sollte von einer halben Schabesporeen-Atmosphäre unweigerlich sein. Das war ganz richtig gedacht. Denn der Kampf gegen das königliche Schoual wäre an sich nur ein Kriminalfall geblieben, dessen psychologische Verwicklungen sich ausgereicht hätten, um das tragische Theater auszufüllen. Das tiefer Menschliche mußte vorgebracht werden: zuerst durch die Schauspielerei. Es konnte das aber auch gelingen, weil Marlowe, Brechts Gelehrter, der immer noch wichtiger ist als sein Schüler, alles ganz Wortmaterial darbietet. Da, dieses Stück ist trotz der drei Aufzüge Dreißigstündiger eine genossige Sprechtragödie.

Die Junge des Komödianten muß schlagen. Noch werden die Glieder Erwin Fabers kauer, wenn er mit der Redekunst fertig werden soll. Daß es ihm aber gelang, aus jenem dreizehnen König schließlich doch ein würdiges und bedauerndes Opfer zu machen, das war sein schauspielerisches Verdienst. Er eckt nicht mehr an, er erbannt tragisch, und dieses Wäsked geht für eine Weile auf seinen Wäsked (Stahl-Rachbau) über, der in seiner wolkengemähen, wechlichen Räckerlichkeit eher ein Bild des Sommers als des Abseus hat.

Aber die Gemächten des Abends waren Werner Krauß und Agnes Strauß: Frau Strauß verirrte sich in dem Glauben, daß die Entwicklung der antikulären Königin zum Amazonen und schließlich zur kauernden Petter durch kindliche Genauigkeit charakterisiert sein müßte. Sie übertrieb in dieser Lobjudt bedenklich, aber die Ueberbäumlichkeit gerade zeigte, über welche rein technische Vollendung ihrer Mittel diese geniale Komödiantin verfügt. Werner Krauß, im Schilde der Wäsked des verdorbenen Königs, hat die Wäskung, die prallende Willenskraft und geistige Schärfsichtigkeit zu spielen. Er hat aber auch ein Brautverbot zu sein, der mit mustäufiger Breitpurigkeit der erwählten Frau näherläßt. Man kann sagen, daß in Werner Krauß Geistiges und Körperliches jetzt ganz zusammenschmilzt. Er vergeht sich nicht mehr, indem er einer lebenden Geste zulebte überreißt. Er ist absolet Herr seiner Technik geworden. Und da diese tragische Chronik Wienglands trotz der Rammigfaltigkeit des blutigen und größten Geschehens immer wieder in den Kampf zwischen dem weisen König, dem hartberzigen Volassen Wortwimer und der entorteten Königin ausmündet, so blieb die Erinnerung an die drei wichtigsten Rollen-träger, Frau Strauß, Herrn Krauß und Herrn Faber, höchst lebendig und erfreulich.

Mag Hochdorf.

Niedergang des Gesundheitswesens in Rußland. Die Moskauer „Browda“ vom 11. November teilt folgende Angaben über den Niedergang des Gesundheitswesens in Sowjetrußland mit: „Eine spezielle Kommission, die vor kurzem diese Frage prüfte, hat Material herbeigebraht, das von einer äußerst bedrohlichen Lage des Gesundheitswesens auf dem Lande Zeugnis ablegt. Auf dem Ural besitzen 37 Medizinalbezirke überhaupt kein Krankenhaus. Die Mehrzahl der Medizinalbezirke wird von früheren Militärärzten besetzt. (150 Bezirke werden von 7000 und 421 von Heilgehüben versorgt.) Im Gouvernement Tambow funktionieren von 14 Krankenhäusern, die früher vorhanden waren, gegenwärtig nur 11. Die Zahl der Krankenhäuser im 14. und der der

Medizinalbezirke um 5 zu verzeichnen; im Gouvernement Lwow sind von 13 Krankenhäusern mit insgesamt 163 Krankentbetten nur vier Krankenhäuser mit 40 Betten zurückgeblieben, und dies, obwohl die Frequenz um 50 Proz. höher ist als in der Vorkriegszeit. Vergleicht man die Lage des Gesundheitswesens zu Beginn des 3. Quartals 1924 mit dem Stand vom Juli 1923, so kann man in vielen Gouvernements denselben Rückgang verzeichnen. So ist im Gouvernement Leningrad (Petersburg) die Zahl der Krankentbetten um 2853 zurückgegangen; im Gouvernement Nord-Dwinsk beträgt der Rückgang 116, im Gouvernement Ulanowst mehr als 1000, im Gouvernement Jaroslaw mehr als 2000 Krankentbetten. Was die Gouvernements Saratow, Jarkinn, Samara, Woroneß, Saporopol und das Terschobiet betrifft, die in diesem Jahre von der Mähernte heimgekehrt sind, so ist die Lage hier noch katastrophaler. Die angeführten Zahlen — fährt die „Browda“ fort — legen Zeugnis ab von dem fortgesetzten starken Rückgang des Gesundheitswesens auf dem flachen Lande, ungeachtet des Dekrets vom 30. Juni 1924, wonach der Abbau des Gesundheitswesens auf dem flachen Lande verboten und den örtlichen Behörden die Pflicht auferlegt wird, eine Reihe von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Medizinal-ärztlichen Einrichtungen vorzunehmen. Betrachtet man jedoch die Lage der erhalten gebliebenen sanitären Einrichtungen, so sehen wir auch hier ein recht unerfreuliches Bild. Die Mittel, die für ihren Unterhalt bewilligt werden, sind äußerst ungenügend und gestatten keine mehr oder weniger regelmäßige Arbeit. Ganz abgesehen von der schmerzlichen materiellen Lage des ärztlichen Personals, dessen Arbeitstag häufig 12 Stunden währt, fehlt es in den Krankenhäusern und Ambulatorien an den notwendigen Einrichtungsgegenständen; oft sind die Gebäude der Ambulatorien und Krankenhäuser vollkommen in Verfall und der Mangel an Heizmaterial im Winter ergänzt dies trostlose Bild.“

Dieser Bericht des kommunistischen Zentralorgans, der sich auf amtliches Material stützt, spricht eine so deutliche Sprache, daß wir kein Wort hinzuzufügen brauchen. Trotzdem werden die Kommunisten und die von ihnen beeinflussten kommunistischen Intellektuellen aus den Kreisen der „Freunde des neuen Rußland“ und der „Internationalen Arbeiterhilfe“ fortwährend Kammermädchen über die paradiesischen Zustände in Sowjetrußland zu erzählen.

Fabrikarbeit mit Musik. Die Einführung rhythmischer Musik in die Fabriken empfiehlt der englische Fabrikant Dr. James Robertson. „Die Musik muß denselben Rhythmus haben wie die Maschinen, die in der Fabrik laufen“, erklärt er. „Ich habe durch Versuche festgestellt, daß die Stimmung der Arbeiter dadurch in günstiger Weise beeinflusst, ihre Arbeitsfreude erhöht und ihre Leistung gesteigert wird. Es hat dieselbe Wirkung wie die Militärmusik auf die Soldaten. Die Arbeit verliert dadurch an Eintönigkeit. Die Musik soll nicht dauernd spielen, sondern sie muß zu jeder Arbeitsstunde auf 5 bis 8 Minuten eingespart sein, denn gerade dieser Wechsel ruft die gute Wirkung hervor. Der Gedanke ist ja nicht neu, denn seit Urzeiten gibt es Arbeitsgesänge, durch die sich die Arbeitenden ihre Tätigkeit unterhaltener und erquicklicher gestalten.“

Vollstühne. Im Theater am Bülowplatz wird in „Schul und Zor“ die Rolle des „Zou Rand“ vom 7. ab Götter Götter übernehmen.

nationalen und öffentlichen Versammlungsteilnehmer toben weiter wie die Unsummen, beschimpfen die Fahnen der Republik, was Herr Nieseberg mit der ruhigsten Miene von der Welt geschehen ließ. Als jedoch die Hölischen auch noch das „Deutschlandlied“ zu spielen antrugen, forderte der Führer der Reichsbanner „Landtagsabgeordneter Brandenburg-Roggeburg, die im Lokal anwesenden Spielleute des Reichsbanners auf, das Reichsbannerlied zu schlagen. Mit Begeisterung wurden alle Strophen des Reichsbannerliedes mitgesungen. Dann bestieg Kamerad Brandenburg einen Stuhl und forderte in kurzen Worten die Reichsbannerleute auf, das Lokal zu verlassen. In strengster Disziplin, ohne auch nur ein Wort des Widerspruchs, folgten die Reichsbannerleute dieser Aufforderung und ordneten sich draußen vor dem Lokal zu einem Umzug durch die Straßen Gröningsens.

Dem in dem Lügenbericht der „Deutschen Tageszeitung“ am Schluß gefügt wird, das Auftreten des Reichsbanners habe nicht vermocht, die Versammlung zu sprengen, ungestört habe Herr Nieseberg seine Rede beenden können, so ist mit diesem Satz ja mit aller Deutlichkeit das Lügenhafte dieses Berichts dargelegt. Hätten die Reichsbannerleute die Absicht gehabt, so wäre es ihnen ein Leichtes gewesen, Herrn Nieseberg mit samt seinen Getreuen innerhalb weniger Minuten auf die Straße zu drängen. Aus dem Verhalten der Reichsbannerleute ist jedenfalls mit aller Deutlichkeit hervorgegangen, daß sie nicht im geringsten die Absicht hatten, die Versammlung zu stören oder zu sprengen, was man aber auf der Gegenseite sehr gern gesehen hätte, um sich dann als Märtyrer aufspielen zu können.

Kneifende Helden.

Gauffer ist nicht zu finden.

Die schickfertig von deutschösterreichischer Seite verlesene und wie hinterher dann gekliffen wird, zeigt eine Behauptung, die am Donnerstag vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte stattfand. Der bekannte Fortschritt-Escherich hatte vor längerer Zeit den bisherigen deutschösterreichischen Abgeordneten Dr. Gauffer wegen der Behauptung, Escherich habe im Krieg als Bewacher russischer Forten sich aus historischem Holz-Rödel arbeiten lassen, wegen Beleidigung verklagt. Der Prozeß konnte bisher, da Gauffer durch seine Abgeordnetennimmunität geschützt war, nicht verhandelt werden.

Jetzt, nach der Reichstagsauflösung war neuer Termin und persönliches Erscheinen des Gauffer angeordnet. Wer nicht kam, war wieder Herr Gauffer.

Genau so hat es Gauffer gemacht, als er vom Reichspräsidenten wegen Beleidigung, begangen durch die Behauptung, der Reichspräsident habe den Munitionsarbeiterstreik 1918 angezettelt, verklagt war. Gauffer kam zu keinem Termin und war nicht aufzufinden, bis er durch die Immunität als Abgeordneter geschützt war. Seitdem es mit dieser vorbei ist, ist er wieder nicht zu erreichen. Das Kneifen haben die Hölischen mit den kommunistischen Bedenkbären gemeint.

Attentatsfurcht in London.

Paris, 5. Dezember. (Z.N.) Die „Daily Mail“ meldet, hat Lord Allenby dem englischen Kabinett mitgeteilt, daß ägyptische Nationalisten den Entschluß gefaßt hätten, hervortragende Mitglieder des Kabinetts zu ermorden. Die Verschwörer hielten sich unter den ägyptischen Studenten in London auf. Der Innenminister Johnson hat daraufhin veranlaßt, daß seine Ministerkollegen Tag und Nacht von bewaffneten Geheimpolizisten bewacht werden.

Auflösung des ägyptischen Parlaments.

London, 5. Dezember. (Z.N.) Laut „Daily Telegraph“ hat die neue ägyptische Regierung die Auflösung des ägyptischen Parlaments beschlossen.

In Schneidmühl (Orenzwart) wurde der Spitzenkandidat auf der deutschösterreichischen Reichstagsliste im Wahlkreis Frankfurt-Oder, Köhler, wegen homosexueller Verfehlungen verhaftet. Dieser selbe Mann ist wegen Beleidigung des Reichspräsidenten vor wenigen Tagen in Rüstern verurteilt worden.

Nordprozeß Haarmann.

Zusammenstöße mit dem Komplizen Grans. — Polizeispiegel?

Hannover, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Bei Beginn der heutigen Sitzung bittet der Staatsanwalt, an den Angeklagten Haarmann die Frage zu richten, ob er von Polizeibeamten zu politischen Spitzeleien benützt worden sei (wie die kommunistische Presse seinerzeit behauptet hat). Aus den Antworten Haarmanns geht hervor, daß er weder politisch tätig gewesen ist noch überhaupt weiß, was Politik bedeutet.

Sodann wird Haarmann durch den Vorsitzenden gefragt, was er mit den Leichenteilen gemacht habe. Haarmann antwortet: „Ein Mensch ist nicht viel. Sie gehen in die Altentasse und dann habe ich sie in die Leine geworfen.“ Vorsitzender: „Und die Knochen?“ Haarmann: „Die habe ich zusammengebunden, in Zeitungspapier gewickelt und auch in die Leine geworfen.“ Darauf wird die Bemerkung des Angeklagten Grans fortgesetzt. Sie führt zu hitzigen Szenen und Zusammenstößen mit Haarmann, der sich darüber erregt, daß Grans so ruhig ist und in Kleinigkeiten unwahre Angaben macht. Haarmann steht auf und verlangt, Grans solle eingekerkert, daß er jahrelang von Haarmanns Geld, auf Haarmanns Kosten gelebt hat. Haarmann erzählt, er habe gewünscht, eines Tages, wenn er nicht mehr arbeiten und schlafen könnte, sollte Grans heiraten und mit den von Haarmann bis dahin zusammengebetragenen Geldbeträgen ein Geschäft anfangen, in das Haarmann übernommen werden sollte. Haarmann sagt mit Tränen in den Augen: „Ich will, der Hans Grans soll die Wahrheit sagen, das kann ich verlangen, wenn es sich um Kleinigkeiten handelt.“

Jauch sage ich noch ganz was anderes.

Über er ist noch zu jung zum Köpfen. Ich will die Geheimnisse ruhig in mein Grab nehmen.“ Grans leugnet in langsamen und bestimmten Antworten, von irgendwelchen Mordereignissen bei Haarmann etwas gewußt zu haben. Haarmann sagt dann: „Und dieser Bengel hat mich sogar geschlagen!“ Vorsitzender: „Daran stehen Sie sich denn das alles gefallen?“ Haarmann: „Einmal wollte ich schon der Polizei Bescheid sagen, aber Grans bedrohte mich und sagte: Was Dein Vater kann, kann ich auch, Dich nach Hildesheim bringen. (An Hildesheim ist nämlich die Heil- und Pflegeanstalt, in der Haarmann schon mehrmals gefesselt hat und vor der er sich außerordentlich fürchtete.) Gerade darum, aus dem Bewußtsein seiner geistigen Anormalität hat Haarmann auch endlich versucht, seine Zukunft zu sichern und sich mit allen Leuten, auch mit Grans, gut zu stellen. — Nach dieser Szene wünscht der Oberstaatsanwalt festzustellen zu wissen, daß Haarmann Belohnungen von der Polizei für Spitzeldienste bekommen hat. Auf die Frage des Vorsitzenden sagt Haarmann aus, er habe von sich aus der Polizei in vier Fällen Mitteilung gemacht und

Spitzeldienste geleistet.

aber er habe kein Geld bekommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auf der Bahnhofsmaße etwas zu sagen gehabt habe,

Gewerkschaftsbewegung

Reden und Taten.

Am endlich veröffentlicht die „Rote Fahne“ den von uns gestern bereits gekennzeichneten „Aufruf zum Eisenbahner-Reichsbetriebsrätekongreß“. Wir werden nicht verfehlen, die kommunistischen Drahtzieher im FCB und im Bezirksbetriebsrat nach den Wahlen an diesen Aufruf zu erinnern. Wir werden sehen, welche Taten diesen Reden folgen werden. Ohne irgendwelche Prophezeiung zu besitzen, können wir heute schon voraussagen, daß weder ein „Eisenbahner-Reichsbetriebsrätekongreß“ stattfinden, noch sonst etwas zugunsten der obgedachten Eisenbahner von den Kommunisten geschehen wird. Nicht einen Finger werden sie krumm machen. Desto weiter reißt sie den Mund auf — vor den Wahlen.

„Wer wählen die Gewerkschaftsmitglieder?“ fragte die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Propagandanummer. Sie zählt die angeblichen Sünden der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf. Auf das Sammelurteil von handgreiflich dicken Bänden einzugehen, haben wir wahrlich nicht nötig. Was aber in dem Aufruf und in allen Aufrufen der RPD steht, wogu es selbst bei diesen Leuten, die die Lüge zum Grundgesetz erhoben haben, nicht ausreicht, das ist die Aufzählung der Taten der RPD.

Was hat die RPD bisher geleistet? Wo sind ihre Erfolge? Wo hat sie für die Arbeiterschaft die Löhne erhöht? Wo ist es ihr gelungen, den Achtstundentag zu halten oder zurückzuführen? Was hat sie im Reichstag erreicht? Wo hat sie dem Kapital den Profit geschnitten? Was hat sie für den Preisabbau getan?

Die Erfolge der RPD sind 0,000.

Wir haben in unserem heutigen Morgenblatt das vorläufige Ergebnis der Erhebung des ADGB über die Veränderungen der Arbeitszeit seit der letzten Erhebung im Mai veröffentlicht. Trotz der schweren Wirtschaftskrise, trotz der außerordentlichen Anstrengung der Unternehmer die Arbeitszeit zu verlängern, trotz der Spaltungsarbeit der Kommunisten ist es den Gewerkschaften gelungen, in nicht unerheblichem Ausmaß den Achtstundentag zurückzuführen.

Genau befreit uns der Erfolg, der während der sechs Monate Inflationshochzeit erzielt wurde, keineswegs. Wir wollen den Achtstundentag auf der ganzen Linie. Wir wollen, daß er internationales Gesetz wird. Die einzigen Gegner der Ratifizierung des Abkommens von Washington sind außer den Unternehmern die Kommunisten. Sie waren 62 Mann stark im Reichstag. Mit den 100 Sozialdemokraten zusammen, die die Ratifizierung forderten, hätten die Kommunisten einen starken Druck für die Ratifizierung ausüben können. Sie rührten aber keinen Finger, sondern bekämpften im Gegenteil die Forderung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf Ratifizierung des Abkommens von Washington.

Die Kommunisten behaupten, in Berlin die stärkste Eisenbahnerorganisation zu haben. Sie besitzen im Bezirksbetriebsrat den vorherrschenden Einfluß. Was haben sie für die Eisenbahner getan? Was haben sie erreicht? Was haben sie verhindert? Wo und wann haben sie gestreikt? Haben sie die Beilegung des Achtstundentages verhindert? Haben sie den Abbau der Eisenbahner verhindert? Haben sie auch nur je einen Pfennig Lohnerhöhung durchgesetzt? Ist es ihnen gelungen, die Gehälter der unteren Beamten zu erhöhen?

Es haben es den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie allein überlassen, zu handeln. Der FCB drückte sich wie irgendeine gelbe Organisation. Der kommunistisch geleitete Bezirksbetriebsrat tritt auf den Plan, wenn es sich darum handelt, Propaganda für die RPD zu machen, gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu setzen. Das ist die „Arbeit“ der RPD. Dazu braucht man aber keine organisierte Arbeiterpartei. Das besorgte früher ebenso erfolgreich der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der einzige Unterschied ist nur der, daß früher die deutschen Unternehmer das Geld dazu liefern mußten und jetzt die Subsidien aus Moskau kommen.

Wollt der RPD, jedes Werbematerial für ihre Taten fehlt, (schreit sie alle Tage: Barmat, Hoarmann usw.). Die RPD beweist damit nur, daß sie weder Taten aufweisen kann, noch welche zu versprechen mag, die zu halten man ihr zutrauen könnte. Sie ist auf das Niveau einer Sekte von Revolverjournalisten gesunken, die Standale erfinden, um davon zu leben. Eine Arbeiterpartei kann daran nur sterben. Dieses verdiente Schicksal wird die RPD zum Wohle der Arbeiterklasse am 7. Dezember erleben.

Produktion und Achtstundentag.

In der Presse der belgischen Industriellen und Finanzleute, die auch keiner Lüge vorbeigehen läßt, ohne ihre Leser darauf aufmerksam zu machen, daß der Achtstundentag das ganze Land eine Katastrophe entgegensehe, mocht folgende Meldung die Runde:

„Die Statistiken über die Produktion der Metallindustrie können einen schönen Rekord verzeichnen. Unsere Rohstahlproduktion im Monat Oktober hat die bis jetzt höchste Ziffer des Monats Mai d. J. (240 540) überschritten und stellt sich auf 248 910 Tonnen. Die Durchschnittsproduktion des Jahres 1913 betrug nur 200 308 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für Feinstahl lauten wie folgt: 215 000 Tonnen gegen 205 470 im Monat März und 154 922 als Durchschnittsproduktion im Jahre 1913.“

Es geht also mit dem Achtstundentag. Es geht sogar sehr gut, besser als mit dem Zwölfstundentag. Nichtsdestoweniger wird das stupide Geschrei gegen den Achtstundentag fortgesetzt. Kostlich stapfen die Wähler am 7. Dezember den Verlängerern der Arbeitszeit des Mann.

Aus dem Siemens-Kongress.

Uns wird geschrieben:

Über den im Dynamometer der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. beendeten Kampf bestehen in weiten Kreisen noch erhebliche Unklarheiten. Wir stellen aus diesem Grunde noch einmal fest, daß die Belegschaft des Dynamometerwerkes mit Ausnahme der Dreher sich nicht im Streik befinden hat, sondern von der Firma ausgeperrt wurde. Während der Schließung des Werkes waren eine Reihe von Arbeitern trotzdem beschäftigt. Diese Kollegen haben nur mit Zustimmung der Streikleitung gearbeitet, und es lag sogar ein Beschluß der Belegschaft vor, daß sämtliche Arbeiter, welche von der Firma zur Arbeit aufgefordert würden (mit Ausnahme der Dreher) die Arbeit aufzunehmen hätten.

Es ist vielfach vorgekommen, daß den Kollegen, die während der Schließung des Werkes gearbeitet haben, der Vorwurf des Streichbruchs gemacht worden ist. Wir stellen fest, daß aus obengenanntem Grunde dieser Vorwurf, soweit er sich nicht auf Dreher erstreckt, unberechtigt ist.

Der Obmann.

Einigung bei A. Lüder, Wurstfabrik in Ocherleben.

Der Zentralverband der Fleischer schreibt uns: Die Beilegung der zwischen der Firma Lüder und unserem Verband bestehenden Unstimmigkeiten sind wie folgt erledigt:

„Es haben am 28. November 1924 im Anschluß an einen Beschluß des Schlichtungsausschusses Halberstadt wieder Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Fleischer und dem Arbeitgeberverband für Ocherleben stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch Rücksprache genommen über den Zeitungsartikel bezüglich des wilden Streiks bei der Firma Lüder, Ocherleben, im Juni d. J. Es wurde hierbei vom Zentralverband der Fleischer erwartet, daß Irrtümer und Unrichtigkeiten in dieser Notiz erholten sind. Die Haltlosigkeit dieser Behauptungen wird bei dieser Aussprache von der Vertretung des Zentralverbandes der Fleischer zugegeben und die Angelegenheit wird hiermit als erledigt angesehen.“

Das Tarifverhältnis, das bis zum 30. September 1924 bestanden hat, wurden bis 15. Januar 1925 verlängert. Eine Neueinsetzung muß bis 31. Dezember 1924 erfolgt sein, eventuell wird der Schlichtungsausschuss angerufen. Durch Schlichtung wurden die Löhne für Fleischergehilfen ab 1. Dezember auf 60 Pf. pro Stunde festgelegt und für die übrigen Gruppen nach dem bisherigen Verhältnis abgestuft. Demzufolge erhalten die Hilfsarbeiter pro Stunde 52 Pf., die Arbeiterinnen 36 Pf.

Beilegung des polnischen Textilstreiks?

Warschau, 5. Dezember. (Z.N.) Unter dem Druck der Regierung haben die Lodzer Textilindustriellen bei der gestrigen Konferenz im Arbeitsministerium dem Vorschlag zugestimmt, daß der Lohnkampf durch den Spruch eines aus Vertretern der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber zusammengesetzten gemischten Gerichts beigelegt ist. Zur Grund dieses unerwarteten Einlenkens der Industriellen haben die Lodzer Gewerkschaften nach in später Abendstunde den Beschluß gefaßt, den für heute proklamierten Generostreik zu widerrufen.

Das Koalitionsrecht der französischen Beamten.

Paris, 5. Dezember. (Z.N.) Der Arbeitsminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den das Koalitionsrecht der Beamten sichergestellt wird. Jeder, der versucht, jemanden zu veranlassen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen oder aus ihr auszutreten dadurch, daß er ihn in seinem Erwerb schädigt oder Gewalt, Drohung usw. anwendet, wird mit Gefängnis von sechs Tagen bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 200 bis 1000 Frank bestraft.

Achtung, Zimmerer! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf die eingetretenen Witterungs- und Lichtverhältnisse es unbedingt Pflicht eines jeden Zimmerers ist, dafür einzutreten, daß die bisher bestandene Winterarbeitszeit eingehalten wird. Mit Beginn der neuen Arbeitswoche am Mittwoch, den 3. Dezember, ist die siebenstündige Arbeitszeit in Kraft, und zwar: Anfang 8 Uhr, Feierabend 4 Uhr. Kameraden, mit Rücksicht auf die Arbeitslosen muß unbedingt an der verkürzten Arbeitszeit festgehalten werden. Weiter machen wir auf die in allen Bezirken am Sonnabend, dem 6. Dezember stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam, wo zu wichtigen Fragen Stellung genommen werden soll. Ferner machen wir es unseren Vertrauensmännern und Funktionären zur Pflicht, die Kontrolle der Mitgliedsbücher am Montag, dem 8. d. M. gewissenhaft durchzuführen.

Zentralverband der Zimmerer. Zahlstelle Berlin und Umg.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Abteilungen! Klebestreifen noch genügend im Sekretariat vorhanden, möglichst sofort abholen.

7. Kreis Charlottenburg. Material für die Abteilungen, sowie die Fahnen abholen im Quaderheim, Rosinestr. 4, abends 7 Uhr.
12. Kreis Tempelhofer Park. Die Genosseninnen und Genossen, sowie Arbeitsgruppen, treffen sich ab abends 4 Uhr am Sonnabend zu wichtiger Wahlarbeit, in der „Stube“ in Tempelhof.
1. Abt. Sonnabend, abends 3 Uhr, wichtige Zusammenkunft der Funktionäre und Wahlleiter. Lokal: Röhrling, Wilmersd.
24. Abt. Gruppe I. Tagesliche Parteitagsarbeiten treffen sich Sonnabend 6 Uhr, abends 7 Uhr, bei Frau: Jannasch-Rohrlich 24.
25. Abt. Sonnabend, abends 7 Uhr: Wichtige Funktionärenkonferenz bei Peter, Scheinertstr. 26.
79. Abt. (Schöneberg). Die Genossen des 4., 5. und 6. Bezirks treffen sich bei Frau: Seebach, 17, zu einer wichtigen Besprechung.
104. Abt. Arbeitervereine. Sonnabend, abends 4 Uhr, treffen sich die Genossen zum Neben-Kommunisten-Bez. 6.
141. Abt. Rosenfeld. Sonnabend, abends 8 Uhr, Lokal: Schmidt, Lindenallee 48, Mitgliederversammlung. — Um 5 Uhr Flugblätterverteilung.

Bezirksamtliche für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Ostermann; Funktionäre: Dr. John Schindler; Politik und Sozialrecht: Fritz Ostermann; Vorstand: 24. Oktober; Komitee in Berlin: Berlin: Hauptstadt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 6, Gruppe I. Berlin.

Großer Weihnachts-Verkauf

DAMEN-WÄSCHE

Damen-Hemden guter Stoff, Träger-Form 1²⁵ 1⁰⁵
Damen-Hemden viereck Form, Lan-getten od. Blückerl 1⁴⁵ 1⁰⁵
Garnituren Hand und Reifekleid, mit breiter Kloppelepitze und Plüsmotiven 6⁹⁰
Nachthemden dazu passend 5⁹⁰
Unterkleider Kunstseide, neueste Jumperform, in vielen Farben 5⁹⁰
Hemdhosens Kunstseide, moderne Windelform 7⁵⁰

LEINENWAREN

Küchenhandtücher 45x100 cm, Gerstenkorn 75 Pf.
Küchenhandtücher 45x100 cm, Halb-leinen, Dreifach 1¹⁵
Stubenhandtücher 45x100 Gerstenkorn, m. Jacquardkranz 95 Pf.
Stubenhandtücher 45x100 cm, Halb-leinen, Jacquard 1²⁵
Stubenhandtücher 45x110 cm, in Halb-leinen, Gerstenkorn 1⁴⁵
Tischtücher 180x180 cm, 35 Serv. ettes, dazu gebleicht 3⁹⁵
Kaffeegedeck mit 6 Servietten, 125x100 cm 7⁹⁵
Deckbettbezug aus Renforcé 4⁹⁰
Kissenbezug 80x50 cm 1⁵⁰

WOLLWAREN

Ueberschieblusen für Damen, reine Wolle, farbig 7²⁵
Sportwesten für Damen und Herren, reine Wolle, viele Farben 10⁷⁵
Sportwesten mit Krage, reine Wolle, viele Farben 16⁵⁰
Golfblusen reine Wolle, farbig 13⁵⁰

Wir bringen in dieser Veranstaltung Artikel, welche sich durch ihre Preiswürdigkeit schon jetzt für das Weihnachtsfest ganz besonders eignen, zu billigen Preisen zum Verkauf

Verkauf nur soweit Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten

Damen-Schürzen

Wiener Jumperschürzen Wahrer Grüns 95 Pf.
Wiener Schürzen grosse Form, ge-lüftete Stoffe 1⁷⁵
Jumperschürzen grosse Form, aus prima Water 2⁹⁵
Hausschürzen ohne Latz, Indico und Waterstoffe 1⁴⁵ 2⁷⁵
Knabenschürzen verschied. Größen 95 Pf.

Taschentücher

Damentücher weisse Batist, mit Hob-lissaum 75 Pf.
Damentücher weisse Batist, mit ge-stückter Höhe 25 Pf.
Herrentücher weisse Linnen, ... 1/2 Duzd. 1⁴⁵
Herrentücher weisse Linnen, mit kno-ter Kante 88 Pf.
Kindertücher mit bunten Bildern, Batist 15 Pf.

Handarbeiten

Weisse Quadrate vorgezeichnet, Kreuzstich, Stück 15 Pf.
Weisse Kissen vorgezeichnet, Balzano 85 Pf.
Taschentücher vorgezeichnet, Weiss-attikural 85 Pf.
Nachtischdecken fertig, mit Spitze, Stück 95 Pf.
Mitteldecken fertig, mit Einsatz und Spitze 2⁹⁵

Morgenjacke türkisch gemast, Barchent 3⁹⁰

Büstenhalter aus Trikot 95 Pf. 1⁵⁰ 2²⁵
Hüfhalter aus farbigem Dreifach, 1 Paar 1⁹⁰
Halter aus farbigem Dreifach, mit Gummi, 1 Paar Halter 2⁵⁰

Morgenjacke Plaisant, viele Farben 4⁷⁵

HERREN-ARTIKEL

Oberhemd guter Perkal, gefärbte Brust, steif, u. 1 weiche Krage 6⁹⁰
Binder offene Form, schwere, reine Seide 2⁹⁰
Binder offene Form, neue Muster 95 Pf.

Herren-Hüte 3²⁵
 moderne Formen u. Farben

Gummihosenträger mit Leder 65 Pf.
Nachthemd mit farbigem Besatz und Tasche, gute Qualität 5⁷⁵
Herren-Hüte schwarz, steif 4⁵⁰

Schirme für Damen und Herren 4⁵⁰ | **Schirme** für Damen u. Herren 7³⁰

HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee

Auf Teilzahlung!
Herren-Garderobe
 Gute Qualitäten zu soliden Preisen
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82 I, am Untergrundbahn-Nordring

Zähne 1. 2. Teilzahlung
 gestattet b. i. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. - rautkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Belaub. 1 G.-M. b. Bestellung von Gebissen gratis Rat und Munduntersuchung gratis Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee
 Vorzeiger 10%, Rabatt.

KLEINE ANZEIGEN
 In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

TRAURINGE
 in jed. Größe u. Qua. hat stets vorrät. nach d. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
 Lichtenberg, Frankf. Allee 202
 Nähe Bahn Lichtenb.-Friedrichstr.
 Teleph. Lichtenberg 3322

Ischias
 in 8-10, leicht und Saft, wenn Arzt, empfohlen. In 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Unschmerzliche Heilung und Schmerzlinderung. Arztl. empfohlen. Preis 10 Pf. 1-4. Sonntag 10-12. Januar.
Stegbeden
 direkt Fabrik Bernhard Strohmandel, am Wallst. 12 III. Spielmarkt. G. Gebel u. Nilsburg, Pl. 2. Witte Stegbeden, werb. ausgeh.

MÖBEL
 auf Teilzahlung
 kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
G. Camnitzer
 Schönhauser Allee 82
 am Untergrundbahn-Nordring

Billiger Weihnachts-Verkauf

Wir bringen für diesen Verkauf

außergewöhnlich billige Angebote und empfiehlt es sich schon jetzt den Bedarf an Weihnachtsgeschenken zu decken

Kleiderstoffe
Popeline mit Kunstseide, dezente, aparte Strahlen 1⁸⁵
Veloutine in neuen modernsten Mustern, für Kleider und Kleider, Meter 1⁸⁰
Wellin für Morgenröcke, 180 cm breit, feinschöne Ware 2⁷⁵
Cotelé hellfarbig gewirkt, doppeltbreit, für Sportröcke 2⁷⁵
Musselin reine Wolle, hübsche Buntdruckmuster 2⁹⁰
Gabardine reine Wolle, 180 cm br., Meter 4⁹⁰
Rockstoffe Streifen und Karos, reine Wolle, in schwer. Qual. Meter 6⁸⁰

Baumwollwaren
Wäschetuch mittelfeinf., in guter Qualität 58 Pf.
Hemdenflanell in hübschen Streifen 88 Pf.
Unterröck-Barchente hervorragende Ware 1⁷⁵
Schlafdecken extra schwer 180/180 1⁹⁵
Bettbezug glatt weiß, aus gutem Wäsche-tuch 4⁹⁵
Kissen dazu passend 1⁵⁰
Bettlaken volle Größe, kräftig 2⁹⁵

Hauswäsche
Küchenhandtuch Gerstenkorn, in roter Kante 78 Pf.
Stubenhandtuch weiß Dreifach, währeQual. Stück 88 Pf.
Tischtuch Jacquard 180x140 4⁸⁰
Kaffeegedecke in versch. Farben, wasch- und leicht 4⁵⁰
Kaffeegedecke Tischl. 130/130 in 66/66 v. in groß. Musteranw. 7²⁵
Künstlerdecke in hübsch Buntrock 1⁹⁵

Teppiche
Teppich ca. 180x240, in Wall-Tapestry 72⁰⁰
Teppich ca. 180x240, in Wollplüsch 64⁰⁰
Teppich ca. 2x3, sehr haltbaren, bequeme Gewebe 33⁰⁰
Teppich ca. 2x3, guter Wollplüsch 97⁰⁰
Teppich ca. 2x3, Wall-Bouclé 98⁰⁰
Bettvorleger sehr dauerhaften, waschbaren Gewebe 6⁷⁵
Korbessel-Kissen in Füllang, 18 cm x 12 cm, feinfach 3⁰⁰

Blusen - Jumper
Blusen aus baumw. Fl.-stoffen, in vielen Farben und Größen 3⁹⁰
Jumper aus Kunststoff, Trikot, mit Knopfverschlüssen, erhöhte 5⁹⁰
Jumper aus baumw. Fl.-stoffen, in hellen und dunklen 3⁹⁵
Kostüm - Röcke aus gewaschenen Stoffen, in vielen Farben 1⁹⁵
Kostüm - Röcke aus weissen und schwarzen Stoffen 4⁹⁵
Unterröcke aus gutem Stoff, in vielen Farben 3⁸⁵
Matinées aus Feinstoffen, in vielen Farben mit langen u. kurz. Ärmeln 6⁹⁰
Morgenröcke aus Feinstoffen, in vielen Farben u. Gr. 1⁷⁵

Kleider - Mäntel
Mäntel f. Bekleidungs-gegenstände, in allen Größen 13⁵⁰
Mäntel für Damen aus weichen u. weichen Stoffen 2⁹⁵
Mäntel aus Velour de laine - Stoffen, fein mit Tibetwolle 4⁹⁵
Mäntel aus Velour du nord, Wall, Seal-Filz, Stoffen auf Demosine und Serge 8⁴⁰
Kleider aus gestreiften Stoffen u. vielen Ausführungen mit halben und langen Ärmeln 4⁹⁵
Kleider aus Cheviot-Stoffen in vielen Farben und Größen 1²⁵
Kleider aus Gabardine-Stoffen in vielen Ausführungen 1⁸⁵

Kinder-Konfektion
Mädchen - Mäntel aus soliden dicken Stoffen mit Gürtel, offen und geschlossen u. tragen, Gr. 80 jede weitere Größe 75 Pf. mehr 5⁹⁰
Mädchen - Mäntel aus gepresst. Filzstoff-Stoffen, mit sport. Aufhängen, ganz auf Futter, Größe 80 jede weitere Größe 1,- mehr 1⁸⁵
Knaben-Pyjacks aus besten Tricotstoffen u. sch. Körper- und Verschied. Ausführungen, Größe 0 jede weitere Größe 1,- mehr 1⁴⁵
Knaben-Anzüge aus farbigen halbwoll. Stoffen, Hose zum Anknöpfen, für das Alter von 5-6 Jahren, in vielen Farben, Größe 00 9⁹⁰

Kamelhaar- Umhang - shaba mit Lederohle 5⁵⁰
Kinder-Schnallen-Stiefel mit Leder-Oberteil, Größe 21-30 2²⁵
Damen-Lack-Spangenschuhe in vielen Anfertigungen 1⁴⁰
Herren-Rindbox-Stiefel in verschiedenen Ausführungen 9⁷⁵

Flitzkragen - Sobole mit warmem Futter u. Lederohle 2⁹⁵

Wirtschaftsartikel
 1 Kaffee- oder Zuckerbüchse, 95 Pf.
 1 Brotkorb ff. lack., mit Dekor. 95 Pf.
 1 Teeglashalter Messing 1²⁵
 1 Zuckerzange Alpaka 1⁵⁰
 1 Kehrgarnitur ff. Lack, mit Dekor. 1⁵⁰
 1 Konsole S. S. S. ff. lack., mit Dekor. 1⁸⁵
 1 Gebäck - Kasten groß, ff. lack., mit Dekor. 2⁸⁵
 1 Kaffeemühle (prima Werk) Java 3⁰⁰
 1 Brotkasten kantig, ff. lack., mit Dekor. 3²⁵
 1 Brotschneidemaschine 3⁹⁵
 1 Fleischmühl. email. Nr. 575 Nr. 650 Nr. 10 6²⁵

Porzellan
 1 Kuchenschale mit Rosendekor 1⁰⁰
 1 Satz Milchtöpfe m. Blumendekor 1-6 1²⁵
 1 Sahnenservice mit Rosendekor, 3 Tlg. 1²⁵
 1 Kinderservice mit bunt. Bildern, 4 Tlg. 1⁵⁰
 1 Bratenplatten weiß, glatt u. gemastert, von 1 an

Emaille
 1 Behälter für Senf od. Zwiebel, weiß 1²⁵
 1 Salz- oder Mehlreste weiß 1²⁵
 1 Schmortopf ohne Ring, 18 cm hoch 1⁴⁵
 1 Eimer (schwere Ware), 20 cm hoch 1⁹⁵
 1 Küchenschüssel (stet. 18 cm. weiß 2²⁵
 1 Schmortopf ohne Ring 18 cm hoch 2⁷⁵
 1 Brotkasten in schwere Ware 9⁵⁰

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 = BERLIN N = Chausseestr. 70-71

Verkaufszeit von 9-7 Uhr durchgehend

Ungetreue Kassenbeamte.

Große Unterschlagungen auf dem Bahnhof Alexanderplatz.

Die Ueberwachungsabteilung der Reichsbahndirektion Berlin hat bei der Stationskasse des Bahnhofes Alexanderplatz große Veruntreuungen aufgedeckt. Am 3. Juni d. J. wurden zwei Beamte beauftragt, von der Stationskasse Alexanderplatz 260000 Mark an die Rentenkasse abzuliefern. Das Geld wurde ihnen wie immer gekündigt und in die Taschen gepackt übergeben. Die Beamten brachten es in einem Kuto nach der Rentenbank. Hier aber wurde festgestellt, daß etwa 60000 Mark fehlen.

Die Feststellungen der Ueberwachungsabteilung ergaben, daß die beiden Beamten, die das Geld abgeliefert hatten, am dem Fehlen der Summe schuldlos waren. Wer aber die Schuldigen waren, blieb ein Rätsel. Die Kriminalpolizei wurde nicht benachrichtigt. Die Beamten der Ueberwachungsabteilung betrieben aber im Geheimen ihre Nachforschungen und Beobachtungen. Der Stationskassenverwalter Schlipf, auf den neben einem kassierten Manne ein Schatten fiel, ließ sich aus dem Staatsdienste aus. Manste dagegen blieb im Dienst. Diese beiden wurden besonders beobachtet. Man merkte aber zunächst keine Veränderung in ihrer Lebenshaltung. Erst später, als sie wohl glauben mochten, daß über die Sache Gros geschrieben war, traten sie anders auf. So wurde festgestellt, daß Schlipf sich ein Haus und Manste ein wertvolles Briefmarkenalbum für 9000 Mark kaufte. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Schlipf und Manste schon in der Inkassozeit mit unterschlagenen Kassengeldern Dividenden Spekulationen mit Hilfe eines Gutsherrn aus der Umgegend von Berlin machten, dem sie die Gelder übergaben. Die 60000 Mark sollten zum Teil wohl dazu dienen, die Verbindlichkeiten zu bedecken. Bei ihren Spekulationen sind die ungetreuen Beamten auch selbst wieder schwandern in die Hände gefallen. Die sie mit wertlosen Scheids betrogen. Ob und wieviel Dividenden sie an sich gebracht haben, steht noch nicht fest. Sie mußten, daß sie betrogen worden waren, konnten aber gegen die Betrüger nicht vorgehen, weil dann ihre eigenen Veruntreuungen aufgedeckt wurden. Die weiteren Ermittlungen der Ueberwachungsabteilung ergaben, daß an den Veruntreuungen außer den beiden genannten Beamten noch drei andere beteiligt sind, die sämtlich verhaftet und zunächst nach der Dienststelle der Ueberwachungsabteilung gebracht wurden. Sie fungierten zunächst, legten aber schließlich Geständnisse ab. Sie werden jetzt der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Wie hoch sich die Unterschlagungen belaufen, ist noch nicht fest.

Sie schwindelt, wenn sie druckt!

Genosse Leid schreibt uns: In einer Extraausgabe der „Roten Fahne“ wird behauptet, daß ich Aufsichtsratsmitglied der Groß-Berliner Straßenbahn sei. Dazu möchte ich folgendes feststellen: Diese Behauptung ist bereits in einem Artikel der „Roten Fahne“ aufgedeckt worden, der vor einigen Monaten veröffentlicht wurde. Damals schon ist, wie mir kommunistische Abgeordnete im Landtag mitgeteilt haben, die Redaktion der „Roten Fahne“ über den Sachverhalt informiert worden, ohne sie jetzt eine Berichtigung gebracht zu haben. In der neuen Behauptung ist nur soviel richtig, daß ich früherzeit als Mitglied des Zweigverbandes von Oberbürgermeister Wermuth in den Aufsichtsrat der Groß-Berliner Straßenbahn delegiert worden bin. Daß aber diese ganze Tätigkeit eine ehrenamtliche war, für die ich nicht einen roten Pfennig bekommen habe, auch nicht in Form von Sitzungsgeldern. Seit vier Jahren besteht diese Gesellschaft überhaupt nicht mehr.

Es ist selbstverständlich, daß die „Rote Fahne“ Berichtigungen nicht bringt. Sie muß ihre Spalten mit neuen Lügen füllen und sie braucht einen dreifachen Umfang, wenn sie alle ein sich notwendige Berichtigungen abdrucken wollte. Früher sagte man: „Jemand schwindelt wie gedruckt.“ Heute muß es in bezug auf die Berliner „Broscha“ heißen: „Sie schwindelt, wenn sie druckt.“

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Die Milch wird wieder teurer! Die Erhöhung des Butterpreises bringt wieder eine Herabsetzung der Milchpreise; diese betragen von Sonnabend, den 3. Dezember ab für 1 Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhandlers 34 Pf., für 1 Liter Vollmilch ab Berliner Kuhstall 38 Pf. Der Preis der Rogermilch bleibt unverändert auf 10 Pf. pro Liter bestehen.

Junkausstellung und Esperanto. Die Eröffnungsrede des Staatssekretärs Dr. Bredow wird in die Esperantosprache übersetzt und am Sonntag, dem 7. Dezember, 12 Uhr mittags, durch den Rundfunksender von Königsplatz übertragen werden. — In ähnlicher Weise ist die Esperantosprache bereits früher verwendet worden. So wurde u. a. am 23. April bei der Eröffnung der Britischen Reichsausstellung in Wembley auch die Eröffnungsrede des Königs in einer Esperanto-Übersetzung durch den englischen Rundfunk verbreitet.

Eine Vahlscherezentrale wurde, wie wir früherzeit berichteten, vor ein paar Zeit in Neudölln errichtet und ausgehoben. Nach einer Mitteilung von anderer Seite sollte jetzt ein Russe Josef Lutzmann aus Badz als Leiter dieser Zentrale von der Schöneberger und Neudöllner Kriminalpolizei festgenommen worden sein. Hieran ist soviel wahr, daß Lutzmann zwar verhaftet worden ist, aber nicht als Leiter der Neudöllner Vahlscherezentrale, sondern unter dem Verdacht des Diebstahls.

In letzter Stunde!

Vor den Toren.

Draußen in Staaten, vor den Toren Berlins. Ein ländlicher Gasthof. In dem geräumigen Saal sitzen viele Männer und Frauen, erwartungsvoll und doch kühl. Vorsichtig hören sie unseren Redner an, der ihnen die politische Lage ihres Vaterlandes, das Verhältnis Deutschlands zum Ausland und das Treiben der einzelnen Parteien schildert. Sie lauschen aufmerksam und wie Schuppen fällt es ihnen von den Augen. Was der Redner Genosse Löwenstein sagt, das haben sie selbst gedacht und gedacht nur haben ihnen die rechten Worte gefehlt. Ein Aufstehen geht durch die Reihen; die Leidenschaft des immer mehr überzeugenden Redners beruhigt die Hörer gewissermaßen. Es ist, als ob sie sagen wollten: „Gott sei Dank, es gibt noch Vernunft!“ Wie eine ferne, längst nicht mehr gehörte Musik hören in ihren Ohren die Worte von Frieden und Verständigung. Arbeit und Brot — das ist die Sehnsucht jedes einzelnen; hier sieht er sie erfüllt. Mit einem Male weiß er den Weg, der zur besseren Zukunft führt. Ja, sie alle werden am 7. Dezember sozialdemokratisch wählen. Ruhe und Freude bemächtigt sich dieser Männer und Frauen aus dem Volke; mit Entzückung begegnen sie den einfältigen Zwischenrufen der kommunistischen Arbeiterpartei; ihr törichtes Diskussionsgeschwätz trifft auf eifrige Abwehr oder spöttisches Gelächter, das immer stärker wird, je hitziger jene Wirrköpfe reden. Wie drinnen in der Großstadt, so ist es auch hier draußen, auf dem Bande sozusagen. Das Volk ist viel zu gesund, um den politischen Phantasieereien von rechts oder ganz links ernste Beachtung zu schenken. Seine Parole lautet: Liste 1.

Auch in den ländlichen Gefilden dämmert es. Deutschnationale und Kommunisten haben ihr Klauenschied wiedergefunden. Das Minus an Vertrauen, das sie bei den Wählern heute haben müssen, löst ihnen Vorsicht ein. Der Mut rückt beiden in die Hosen, wenn sie gezwungen werden, ihre Parteipolitik sachlich zu begründen. Bei dem Grad von Freiheit sie verfallen sind, zeigt eine sehr stark besuchte Wählerversammlung in Storkow. Der Referent Genosse Fuh-Berlin zeigte in anerkennenswerten Ausführungen die Politik, die die Sozialdemokratie in den letzten 10 Jahren getrieben hat. Gestützt auf praktische Beispiele aus dem parlamentarischen, wirtschaftlichen und politischen Leben zeigte unser Redner, wie sich verändertes Gesicht das heutige Deutschland trägt und wo die Schlingel des Volkes liegen. Kommunisten, Deutschnationale und Deutschnationale wogen nicht einen Zwischenruf und brachten trotz zweifelhafte Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Quast nicht den Mut auf, ihre Haltung zu begründen. Der Referent legte diese Enthaltensfrist in dem Sinne aus, daß wohl auch die Anwesenden zu der Ueberzeugung gekommen sind, der Worte sind genug gewechselt, daß uns endlich Laiten sehen. Mit einem begeisterten Aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die von hohem sachlichen Ernst getragene Versammlung ihr Ende. Sie bedeutet eine Ehrenfrucht unserer Arbeit in Teltow-Beeskow.

Vor überfüllter Versammlung sprach in Reinickendorf, West Genosse Breuer. Er schilderte seine Eindrücke von den Agitationsreisen im Lande, die den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratie an der Spitze marschiert. Die Landarbeiter lassen sich durchaus nicht von der Rechten durch die Argumente beirren, daß der Schulzoll aus ihnen nütze, indem er ihnen für das Deputatengeld höhere Preise bringe. Die Landarbeiter haben klar erkannt, daß sie sich von dem Geißel der Besindeordnung, der immer noch, trotzdem die Besindeordnung abgeschafft ist, das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern auf dem Lande kennzeichnet, befreien müssen. Sie wissen genau, daß ihre Interessen mit den Interessen des städtischen Proletariats identisch sind. Die Großgrundbesitzer aber und die Schwerindustrie, die erkennt, worum es sich bei dieser Wahl dreht, wendet alle Mittel an, um noch einmal die Fägel in die Hand zu bekommen. Daher auch ihr Bestreben, in die Regierung zu kommen. Es ging ihnen nicht um die paar Ministerposten, es ging ihnen darum, die Macht im Staat wieder in die Hand zu bekommen und den alten Obrigkeitsstaat wieder aufzurichten. Wir aber werden ihnen am 7. Dezember zeigen, daß wir nicht gewillt sind, mit ihnen an einem Tisch zu arbeiten. Sie haben zudem auf deutschen Volke gesündigt. In der Diskussion trat u. a. auch ein Deutschnationaler auf, der sich der größten Nüchternheit befleißigte, den aber Genosse Breuer äußerst wirksam abwehrte. Nicht endemokratisch Beifall zeigte, daß die Ausführungen des Referenten einen sehr wirksamen Boden gefunden hatten.

In Johannisthal richtete der Genosse Dr. Freund an zahlreich erschienenen Wähler das Wort. In letzter Stunde, aber auch erster Stunde, wie er ausführte, streifte der Referent die früheren, aber viel rechtlicheren Verhältnisse. In der die Wähler im früheren Klassenstaate sich befanden. Der Redner zeichnete das heutige schädigende Wirken der Deutschnationalen und ihrer Verbündeten, der Kommunisten, sowie den Schacher um Ministerposten der Deutschnationalen. Es gilt am 7. Dezember darum, zu entscheiden, ob es den Agrariern gelingen soll, die Verteuerung des Brotes zu erreichen. Kein Arbeiter darf am kommenden Sonntag den Schwarzweißkreuz die Summe geben, die die Durchbringung der Zollvorlage, Preisverwertung und Niederringung des Weihnachtstages auf ihr Banner geschrieben haben. Für Demokratie und gegen die Reaktion. Lächerliche Ausführungen jugendlicher Kommunisten und Parteilofer fertigte trefflich der Referent in seinem Schlusswort ab.

Kommunistische Rüpel.

In einer gestern Abend im Lehrereinschhaus abgehaltenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten referierte der

örtliche Vorsitzende Gottfurcht über das Thema: „Unsere Forderungen an den kommenden Reichstag“. Von der kommunistischen Opposition war ein Schreiben an die Mitglieder verfaßt worden, in dem zum Besuch der Versammlung und zur parteipolitischen Beeinflussung aufgefordert wurde. Nur allzu deutlich zeigte sich im Verlauf der Versammlung, daß der Redner recht hatte, wenn er eingangs seiner Ausführungen sagte, die Kommunisten verließen die lebendigen Argumente durch wässrigen Lärm zu erlösen. Besonders wandte sich Gottfurcht gegen die geforderte Bildung eines Reichstagsblocks. Von dem neuen Reichstag müßten wir einen Kampf gegen Schatzkammer und eine gerechte Verteilung der aus dem Sachverständigenrat entstehenden Kosten fordern, ferner einen Ausbau der Sozialgesetzgebung. Ein Ausbau des Koalitionsrechts und des Betriebsrätegesetzes seien ebenfalls dringend notwendig. Vor allem aber müsse der neue Reichstag den Reichstagspräsidenten sichern und für die Erhaltung des Friedens eintreten. Alle diese Forderungen könnten nur erfüllt werden, wenn jeder einzelne am 7. Dezember seine Pflicht als Angestellter tue und der Sozialdemokratie seine Stimme gebe. Die Kommunisten hätten fortgesetzt Störungsversuche unternommen. Ihre Diskussionsredner legten die Hege fort. Unter allen Umständen sollte dem Referenten das Schlusswort unmöglich gemacht werden. Die Kommunisten entsetzten deshalb einen ohrenbetäubenden Lärm und verließen schließlich untragsgemäß unter Abhängen der Internationale und hinterlassen großer Mengen kommunistischer Flugblätter, die wie auf Kommando in den Saal geschleudert wurden, den Versammlungsort. Erst nachdem wieder Ruhe eingetreten war und einige Randdies durch die Ordner hinausbefördert waren, konnte die Versammlung ergebnisgemäß zu Ende geführt werden.

Der Wahlkampf in Potsdam

Den unsere Partei diesmal mit aller Kraft geführt hat, wurde gestern durch eine bis auf den letzten Platz gefüllte Versammlung abgeschlossen. In der der Genosse Bretschneider die großen Probleme der deutschen Politik entwickelte, wobei er auch den in Potsdam herrschenden Geist charakterisierte, als den der Richtschnur des Bestehenden und der Verfassung. Seine zwölfstündige Rede löste nur zwei Diskussionsredner hervor, von denen er besonders den deutschnationalen recht kräftig abfuhr. Der prägnante Ausdruck, die bereits Einnahme seiner Ausführungen verschafften dem Redner stürmischen Beifall. Es war das erste Mal in Potsdam, daß eine SPD-Versammlung wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußte, nachdem über 1800 Personen im Räume Platz gefunden hatten. Am Tage vorher behandelte in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung im „Hoffäger“ Genosse Kurt Heine die Steuer- und Wirtschaftsprage, und sein plänes Material machte den Zuhörern klar, welche Folgen sie zu erwarten hätten, wenn sie den Steuererhöhungen ihre Stimme geben würden. Seine schlagfertige und humorvolle Abfertigung einzelner Zwischenrufer löbete ihn neben der Höhe seiner Darlegungen den sehr starken Beifall der Versammlung, die wiederum bewies, wie kräftig die Sozialdemokratie Fuß gefaßt hat in diesem Potsdam. — In einer demokratischen Versammlung, wo Graf Montgelas sich in äußerst sachlicher Weise mit den Wiederwahlmöglichkeiten Deutschlands befaßte, verfuhr der deutschnationale Hauptling General a. D. von Dommers die Sangmit der Zuhörer durch Schmähung der Reichsorden zu reizen. Er wurde vom Vorsitzenden aufgefordert zu widerrufen. Da er sich weigerte und die Versammlung keine Beschimpfung der Reichsorden ertragen wollte, wurde ihm das Wort entzogen. Der Reichsbannerführer Dr. Wischier und der Hauptredner fertigten diesen Ruhmstempel der Republik recht gründlich ab. Potsdam hat im Wahlkampf gezeigt, daß die Republik auch hier eine staatliche Bekanntheit und opferbereite Anhänger besitzt.

Die Deutschnationale Volkspartei, Gruppe Postplatz, veranstaltete am Donnerstagabend in der Schulaula in der Sonnenburger Straße eine Wählerversammlung. Referenten waren ein deutschnationaler Angestellter und Stadtrat Grabert. In ihren Referaten behandelten sie die Arbeiten und das Wesen der einzelnen Parteien mit Ausnahme der SPD, die, wie höchst verwunderlich ist, hartnäckig verschwiegen wurde. Nachdem diese Geschichte ungefähr eine Stunde gedauert hatte, traten unsere Genossen Lukas und Sonnemann in die Diskussion ein und behandelten die Schulzoll- und Beamtenfrage. Oft fanden sie mit ihren Ausführungen stürmische Zustimmung, was dem Versammlungsleiter der Deutschnationalen Volkspartei schließlic unangenehm war. Nachdem noch ein deutschnationaler Lehrer seine Beiseit vom Stapel gelassen hatte, verließen unsere Genossen und unsere Anhänger den Saal. Und nun bot sich ein schönes Bild. Von 250 Versammlungsteilnehmern blieben ungefähr 10 zurück. Eine derbe Abfuhr für die Deutschnationalen, die wohl hieraus gelernt haben werden, daß sie in Arbeiterquartieren nichts mehr zu gewinnen haben.

S. Hoffmann Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 12 empf. ehl. sein reichhaltiges Lager an selbstfabrizierter Herren- u. Knaben-Bekleidung

Bären-Stiefel für Herbst und Winter zuverlässig, dauerhaft, billig! Hans Bähr, Spittelmarkt 7

Herren-, Damen- und Burschen-Bekleidung auf Teilzahlung Ware kann bei genügendem Ausweis sofort mitgenommen werden Bekleidungshaus Kleingold Weinbergsweg 26, 1. Etage 3. Haus vom Rosenthaler Platz

Pelz Kottbuser Hofe Straße für Anzüge, Kostüme, Mäntel, Kleider, Seiden, Stoffe Konfektion Mäntel, Kostüme, Röcke Gut-Raull-Billig! 2% Rabatt für Mitglieder

Korbmöbel eigene Herstellung niedrigsten Ausstattungen kauf. Sie si gr. Auswahl vorrätig u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus Edmund Voß Juchlin, Berlin Str. 14 2. u. 3. Hofmanplatz Teltow, Rosilla 234, Zehn... erleichterung

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und billig!

